

**SÜDWESTRUNDFUNK  
SWR2 AULA – Manuskriptdienst**

**Strategisches Denken gegen die Wahrheit  
Lügen in der Politik**

Autor: Professor em. Frank Pfetsch \*  
Redaktion: Ralf Caspary  
Sprecher: Andreas Rupniak  
Sendung: Sonntag, 7. September 2014, 8.30 Uhr, SWR 2

---

**Bitte beachten Sie:**

*Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.*

*Bestellmöglichkeiten: 07221/929-26030*

**Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

*Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de*

*SWR2 Wissen/Aula können Sie auch als Live-Stream hören im SWR2 Webradio unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als Podcast nachhören:  
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

**Manuskripte für E-Book-Reader**

*E-Books, digitale Bücher, sind derzeit voll im Trend. Ab sofort gibt es auch die Manuskripte von SWR2 Wissen/Aula als E-Books für mobile Endgeräte im sogenannten EPUB-Format. Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App "iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch Addons oder Plugins zum Betrachten von E-Books.  
<http://www1.swr.de/epub/swr2/wissen.xml>*

---

## **Ansage:**

Mark Twain hat geschrieben: "Mit jemandem, der notorisch die Wahrheit sagt, könnte niemand leben, aber zum Glück muss das ja auch niemand." Der Lügenforscher Peter Stiegnitz meinte, wenn Menschen nicht lügen würden, dann wäre der Planet menschenleer, es gäbe Hunderte von Kriegen; Wahrheitsfanatiker betrügen sich selbst, wenn sie ehrlich miteinander umgingen. Wenn dergestalt Lügen ein "menschliches" Problem zu sein scheint, ist es dann erlaubt zu lügen - oder allgemeiner: nicht die Wahrheit zu sagen? Was sagen dazu die zahlreichen Fälle in der Politik? Antworten gibt der emeritierte Politikwissenschaftler Professor Frank Pfetsch. Sprecher ist Andreas Rupniak.

## **Frank Pfetsch:**

In der Ideengeschichte gibt es zwei gegenläufige Positionen: zum einen besteht Augustinus in seinem Traktat „Über die Lüge“ auf kompromissloser Ablehnung der Lüge; und nach Kant gebietet das moralische Gesetz, immer die Wahrheit zu sagen, niemals zu lügen. Andererseits hat schon Machiavelli Lügen des klugen Machthabers als zulässige Strategie erklärt. Die Tugend der Wahrhaftigkeit wird also der Tugend der Staatsräson gegenüber gestellt. Max Weber hat die Grenzen der Wahrheitspflicht im politischen Raum aufgezeigt, dann nämlich, wenn die reine Gesinnung die Verantwortung für das politische Tun überwiegt. Gesinnungsethik versus Verantwortungsethik. Hanna Arendt stellt in ihrem Aufsatz „Wahrheit und Lüge in der Politik“ fest: „Der Gegenstand dieser Überlegungen ist ein Gemeinplatz. Niemand hat je bezweifelt, dass es um die Wahrheit in der Politik schlecht bestellt ist ... Lügen scheint zum Handwerk nicht nur des Demagogen, sondern auch des Politikers und sogar des Staatsmannes zu gehören. Ein bemerkenswerter und beunruhigender Tatbestand.“ Arendt kommt in ihren Überlegungen zum Schluss, dass „man der Staatsräson jedes Prinzip und jede Tugend eher opfern“ könne, als gerade „Wahrheit und Wahrhaftigkeit“. Moralisch also nicht zulässig, politisch aber zulässig?

Wenn wir die politische Landschaft ansehen, scheint dieser Satz seine Berechtigung zu haben. Doch, so der Volksmund, Lügen haben kurze Beine. Hat Wahrheit lange? Historische Lügen lassen sich zurückverfolgen. Hitler 1939: „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“. Damit hat Hitler den Beginn des Zweiten Weltkriegs mit einer Lüge eingeleitet, ebenso Johnson den Vietnamkrieg: US-amerikanische Schiffe seien unter Beschuss gekommen und müssten dies mit einem Angriff beantworten. Zwei große Kriege des 20. Jahrhunderts sind damit mit einer Lüge eingeleitet worden.

Zum politischen Alltagsgeschäft gehören z. B. Ankündigungen wie die, dass eine Partei auf keinen Fall eine Koalition mit einer anderen eingehen werde. So Andrea Ypsilanti (SPD) 2008 vor der Hessenwahl, als sie eine Beteiligung der Linken kategorisch ausschloss, dann aber eine rot-grüne Minderheitsregierung anstrebte; sie wurde aber nicht zur Ministerpräsidentin gewählt, weil ihr Genossen die Zustimmung verweigerten; bei der Neuwahl 2009 verlor die SPD.

Helmut Kohl versprach im Wahlkampf 1991, auf keinen Fall die Steuern zu erhöhen. Danach musste der Soli eingeführt werden. Hartnäckig bestritt Richard Nixon, hinter dem Einbruch in das Bundesbüro der Demokraten im Watergate-Hotel zu stecken.

1974 musste Nixon, um einem Impeachment-Verfahren zuvorzukommen, zurücktreten.

„I did not have sexual relations with that woman, Miss Lewinsky“ – ich hatte keine sexuelle Beziehung mit dieser Frau Lewinsky, sagte Bill Clinton, kurz danach musste er Eingeständnisse machen. Franz Josef Strauß musste 1962 als Verteidigungsminister zurücktreten, nachdem er die Beteiligung an Ermittlungen gegen den SPIEGEL bestritten hatte. Um gegen Saddam Hussein in den Krieg zu ziehen, sagte George W. Bush: „We found weapons of mass destruction“ – wir haben Massenvernichtungswaffen gefunden; ein Kongress-Untersuchungsbericht bestätigte später, dass weder solche Waffen gefunden wurden, noch dass Al Kaida-Terroristen sich im Irak aufgehalten haben.

Lyndon B. Johnson hat den Einsatz von Waffen im Vietnamkrieg mit einem bewussten Vorwand gerechtfertigt. Im Golf von Tonking sei ein amerikanisches Schiff von Nordvietnamesischen Streitkräften angegriffen worden, dies müssten die USA mit der Bombardierung von Nordvietnam beantworten. In einer Untersuchung stellt sich heraus, dass ein solcher nordvietnamesischer Angriff in der Tat nicht erfolgt war.

Ein besonders krasses Beispiel von bewusster politischer Lüge ist die Barschel-Pfeiffer Affäre. Kurz vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im September 1987 berichtete der SPIEGEL über schmutzige Machenschaften der Staatskanzlei gegen den damaligen Oppositionsführer und Konkurrenten um das Ministerpräsidentenamt, Björn Engholm (SPD), ausgeführt von Uwe Barschels (CDU) Pressereferent Reiner Pfeiffer. Die CDU verlor die absolute Mehrheit bei der Wahl. Mit einem spektakulären „Ehrenwort vor der ganzen deutschen Nation“ wies Barschel die Vorwürfe der Mitwisserschaft bzw. Mittäterschaft an der Bespitzelung von Engholm zurück. Am 18. September 1987 tritt Uwe Barschel vor die Presse und erklärt, Zitat:

„Über diese Ihnen gleich vorzulegenden eidesstattlichen Versicherungen hinaus gebe ich Ihnen, gebe ich den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holsteins und der gesamten deutschen Öffentlichkeit mein Ehrenwort – ich wiederhole: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort! – dass die gegen mich erhobenen Vorwürfe haltlos sind.“

Der schleswig-holsteinische Landtagswahlkampf war seitens der Union mit ungewöhnlicher Härte geführt worden, weil man den Verlust der Macht nach 37 Jahren ununterbrochener Regierung fürchtete und der populäre SPD-Spitzenkandidat Engholm als reale Gefahr wahrgenommen wurde. Am 7. September 1987, eine Woche vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, brachte der SPIEGEL eine Geschichte, die von einer anonymen Anzeige wegen Steuerhinterziehung gegen den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm und dessen Bespitzelung im Privatleben handelte. Nach Darstellung des SPIEGEL habe Reiner Pfeiffer vor dem Notar angegeben, dass Uwe Barschel ihn schon im Januar 1987 gebeten habe, gegen Herrn Engholm "wegen ihm aus sicherer Quelle bekannter begangener Steuerhinterziehungen zu ermitteln.“ Nach weiteren Veröffentlichungen im SPIEGEL tritt Uwe Barschel am 2. Oktober 1987 zurück. Am 11. Oktober 1987 wurde der Ex-Regierungschef tot in der Badewanne eines Genfer Hotels gefunden.

Aber auch Björn Engholm, der bei den Neuwahlen im Mai 1988 als Sieger hervorging, ereilte wegen Falschaussage das Schicksal: Er musste eingestehen, dass er von den Observierungen durch Pfeiffer gewusst hatte und trat später als Regierungschef, als SPD-Bundesvorsitzender und als Kanzlerkandidat zurück. Offensichtliches Lügen und Verheimlichen von Informationen haben beide Politiker zu Fall gebracht. Dabei spielte die Presse eine erhebliche aufklärende Rolle.

Ein Beispiel aus neuerer Zeit ist das Vorgehen Putins im Ukraine-Konflikt; die „grünen Männer“ in der Ostukraine seien – so Putin – keine russischen Soldaten; Putin konzidierte wenig später: „Im Rücken der Selbstverteidigungskräfte standen natürlich unsere Soldaten“; die Frage ob er erwäge, dass die Krim sich Russland anschließe, beantwortete er mit: „Nein, das erwägen wir nicht“. Zwei Tage später legte die Duma einen Gesetzentwurf vor, die den Anschluss der Krim an die Russische Föderation ermöglichte. Die Wahl-Lüge zum Krim-Referendum zeigt ein weiteres taktische Vorgehen: Der vom Präsidenten einberufene Menschenrechtsrat teilte mit, dass nur ein Drittel bis zur Hälfte an der Abstimmung teilgenommen hätten und von denen wiederum haben 50 bis 70 Prozent zugestimmt. Dann lag die Zustimmung im schlechtesten Fall bei 15 Prozent, im besten bei 30 Prozent der Einwohner. Offiziell lautet das Ergebnis aber: 82 Prozent Beteiligung, 96 Prozent Zustimmung. Auch die Zustimmung zum Plan vom ukrainischen Präsidenten Poroschenko zur Waffenpause begleitete Putin mit der Unterstützung prorussischer Milizen. Kurz, Putin ist ein listenreicher verschlagener Politiker, der zum politischen Vorteil lügt, was er als KGB-Chef in Leipzig gelernt haben könnte.

Lügen hängen auch mit Plagiatsvorwürfen zusammen. Verteidigungsminister zu Guttenberg sagte: „Der Vorwurf, meine Doktorarbeit sei ein Plagiat, ist abstrus.“ [...] So in der Süddeutschen Zeitung am 16. Februar 2011. Die Arbeit sei „kein Plagiat“, sie enthalte, so zwei Tage später, „fraglos Fehler“, ja „gravierende Fehler“; er habe zu keinem Zeitpunkt bewusst getäuscht oder bewusst die Urheberschaft nicht kenntlich gemacht und verzichtete vorübergehend auf das Führen des Titels. Inzwischen stand auch der Vorwurf im Raum, zu Guttenberg habe den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages für seine Dissertation genutzt. Dann kam ein Teilgeständnis „eine offensichtlich sehr fehlerhafte Doktorarbeit“ abgeliefert zu haben. Der Minister bestritt aber vehement, vorsätzlich abgeschrieben oder die wissenschaftlichen Dienste genutzt zu haben. Kurz nach der peinlichen Befragung im Bundestag erkannte die Universität Bayreuth zu Guttenberg den Dokortitel ab. Wieder eine Woche später trat der bislang in der Öffentlichkeit so beliebte zu Guttenberg von all seinen Ämtern zurück.

Ein anderes Beispiel ist der Plagiatsvorwurf gegen die ehemalige Wissenschaftsministerin Anette Schavan. Am 16. Mai 2012 gibt Schavan an, „nach bestem Wissen und Gewissen“ gearbeitet zu haben, am 31. Januar 2013 räumte Schavan „Flüchtigkeitsfehler“ ein, Zitat: „Ich kann für mich nicht in Anspruch nehmen, keine Flüchtigkeitsfehler gemacht zu haben. Aber ich kann in Anspruch nehmen, nicht plagiiert oder gar getäuscht zu haben.“

In der Rücktrittserklärung am 9. Februar 2013 erklärte sie im Bundeskanzleramt, Zitat: „Ich habe in meiner Dissertation weder abgeschrieben noch getäuscht. [...] Wenn eine Forschungsministerin gegen eine Universität klagt, dann ist das mit Belastungen verbunden für mein Amt, für das Ministerium, die Bundesregierung und

auch die CDU. Genau das möchte ich vermeiden; das geht nicht, das Amt darf nicht beschädigt werden.“

Andere Fälle von Plagiatsvorwürfen sind gegen Marc Jan Eumann (CSU), Silvana Koch-Mehrin (FDP) oder Jorgo Chatzimarkakis (FDP) erhoben worden. In all den Fällen von Plagiatsvorwürfen ist es schwer entscheidbar, ob subjektiv der bewusste Wille der Täuschung vorgelegen hat oder ob nicht gegen besseres Wissen die Gebote der wissenschaftlichen Redlichkeit außer Acht gelassen wurden, und dies in einer Zeit, in der das Thema nicht ebenso aktuell war wie heute. Zu beobachten ist ja, dass Plagiatsvorwürfe vor allem bei prominenten Politikern erhoben wurden, weil die Medien dieses Thema besonders Auflagen stark sich zunutze machten.

Neben Geld spielt Sex eine wichtige Rolle für die Medienöffentlichkeit. Während in den USA ein Präsident wegen einer Affäre bis zu einem Gerichts-Verfahren geführt wurde, war in der Bundesrepublik das Privatleben von Politikern bisher mehr oder weniger tabu. Von Adenauer sind nur die Rosenzüchter-Affären bekannt. Die Medien treten das Thema Sex genüsslich breit; kein Politiker hat bisher in der Bundesrepublik oder in Italien und Frankreich aus diesem Grund seinen Posten verloren, wohl aber in Großbritannien.

Aber auch in Fällen sexueller Abwege sind die Mechanismen der Verteidigung ähnlich wie bei finanziellen Vergehen. Im materiellen Bereich – Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Unterschlagung, Steuerbetrug, Korruption, Bestechung – ist die Duldungshöhe in Deutschland und Frankreich viel niedriger gesetzt als bei sexuellen Abwegen. Siehe Seehofers Liebschaft mit „einer brünetten 32-Jährigen“ oder die Maitressen der französischen Präsidenten. EU Kommissar Verheugen wurde die Günstlingswirtschaft vorgeworfen in der geheimen Liebesaffäre mit der Kabinetts Chefin Erler. Edmund Stoiber konnte Theo Waigel als Nachfolger von Streibel als Ministerpräsident von Bayern aus dem Rennen werfen durch Hinweis auf Waigels Liaison mit der Skirennfahrerin Irene Epple. Oskar Lafontaine als Ministerpräsident des Saarlandes bezog als Saarbrücker Oberbürgermeister widerrechtlich ein Ruhegeld. In einer Umfrage verurteilten 52 Prozent der Befragten dies als Skandal, aber nur 29 Prozent antworteten, dass seine Kontakte zum Rotlichtmilieu nicht zu einem „anständigen Charakter“ passen.

Die weniger rigorosen Moralvorstellungen ermöglichen, dass die Öffentlichkeit solche Verfehlungen eher nachsieht. Es gibt eben Unterschiede in der politischen Kultur.

Vier Kriterien bestimmen die politische Lüge: Das erste Spezifikum ist, dass sie sich im öffentlichen Raum abspielt; sie ist also abhängig von vor allem den Medien. Es ist zu unterscheiden zwischen Falschaussagen/Unwahrheit sagen im privaten und im öffentlichen Raum. Die Aufmerksamkeit ist in der Politik höher als in privaten Kreisen.

Das erste Kriterium ist also: die Öffentlichkeit des Streitgutes. Ein zweites Kriterium kommt hinzu: politische Aussagen sind auf ein Ziel gerichtet, das der Politiker verfolgt. Politiker haben ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit. Generell geht es um Ziele wie Machterhalt bzw. Machtgewinn oder Gesicht wahrende Rechtfertigungen, und dazu braucht der Politiker in einer demokratischen Öffentlichkeit die Unterstützung des Wahlvolkes. In Meinungsumfragen halten 2/3 der Bevölkerung Glaubwürdigkeit als gewünschte wichtigste Eigenschaft von Politikern. In einer Erhebung in 7 europäischen

Ländern äußerten 2012 mehr als die Hälfte der Befragten, sie hätten „kein Vertrauen in die Regierung“. Und in einer Erhebung in England im selben Jahr stimmten 62 Prozent der Befragten der Aussage zu: „politicians tell lies all the time“, Politiker lügen immer. Dennoch: Der Enderfolg entscheidet mit, ob der Lügner dafür bestraft wird.

Zweites Kriterium ist also: das taktische Verhältnis zur Wahrheit. Damit es sich um eine Lüge handeln kann, muss der Betreffende drittens ein Bewusstsein von „Wahrheit“ oder „Wahrhaftigkeit“ haben, erst dann kann er wider besseres Wissen handeln. Wenn ich lüge, bin ich mir bewusst, dass ich gegen die Wahrheit handle. Nicht immer ist jedoch dem „Lügner“ bewusst, dass er entgegen seinem Wissen handelt. „Wahre oder objektive Tatsachen“ können verdrängt oder vergessen oder schlicht nicht bekannt sein. Politik ist mit dem Risiko behaftet, weil in die Zukunft gerichtet, und diese kann nicht immer richtig eingeschätzt werden, so dass der Politiker mit gutem Gewissen daran glaubt. Das dritte Kriterium lautet also: subjektives Wissen über Wahrheit und Lüge.

Viertens ist zu konstatieren, dass bekannt gewordene Verfehlungen selbst nicht unbedingt zum Machtverlust geführt haben, sondern die Verstrickungen, in die sich der Betroffene im Umgang mit Vorwürfen begeben hat. Durch scheinbarweise Offenbarungen werden die „Hüter der Wahrheit“, sprich die Medien, erst recht aufmerksam und können das Thema am Kochen halten. In einer Informationsüberflusgesellschaft wird aufgedeckter Betrug zum politischen Skandal und zum Medienereignis hochstilisiert.

Das vierte Kennzeichen ist dementsprechend: Selbst Hineinmanövrieren, sich in Lügen verstricken.

Die politische Lüge ist eine in der Öffentlichkeit vorgetragene bewusste Unwahrheit mit dem Ziel, daraus für sich einen politischen Vorteil zu ziehen; Teilwahrheiten zu sagen verschlimmern in einer Mediengesellschaft oft die Situation des Beschuldigten.

Nicht immer führen politische Lügen zu negativen Konsequenzen für den politischen Lügner. Ist also die Meinung des Wahlvolks die Messlatte, an der sich Politiker orientieren müssen? George W. Bush wurde trotz seiner Lüge 2003, die als Vorwand für den Einmarsch in den Irak diente, zwei Jahre später im Amt bestätigt. Nicht immer sanktioniert das Wahlvolk den politischen Lügner. Wie ist dies möglich geworden? Eine Erklärung ist sicherlich, dass das Wahlvolk Bush das harte Vorgehen gegen vermeintliche Terroristen abgenommen hat und das höher bewertete Vergeltungs- und Sicherheitsmotiv nach 9/11 hat gelten lassen. Wenn eine Lüge sozial verträglich oder gar erwünscht ist, dann nimmt das Wahlvolk die Lüge an.

Hanna Arendt stellt fest, dass Wahrheiten nicht von der Politik bestimmt werden könnten. Wahrheit stellt einen Gültigkeitsanspruch, der jede Debatte ausschließt, Wahrheiten sind unveränderbar, Politik verändert; Politik sei die einzige Möglichkeit, „die Welt zu verändern“. „Wenn politische Macht sich an Vernunftwahrheiten vergreift, so übertritt sie gleichsam das ihr zugehörige Gebiet“, Wahrheiten stünden im Gegensatz zu Meinungen und Urteilen, eben zur Politik. Zwar sind Tatsachenwahrheiten Gegenstand von Meinungen, aber Meinungen können sehr verschiedenen Interessen und Leidenschaften entstammen und müssen im politischen Raum ausgefochten werden. Wahrheit sei der Bereich des Philosophen, des

Wissenschaftlers, des Richters, des Historikers und anderer Berufe. Platons Anspruch, die Wahrheit mit der Politik zu vereinen, habe hinsichtlich der Politik nur antipolitische Konsequenzen.

Nicht nur über Tatsachen gibt es unterschiedliche Interpretationen und Meinungen, auch moralische Überzeugungen können voneinander abweichen. Verfehlungen oder milder: das Verhalten von Politikern wird nach anderen Maßstäben beurteilt als das Verhalten von Privatleuten. Beispiel: Die exorbitanten Gehälter, die sich einige Wirtschaftsführer auszahlen lassen, werden mit Recht aus der Sicht des Normalbürgers kritisiert; die Wirtschaftsbesitzer hingegen legen andere Maßstäbe an, nämlich z. B. die vergleichbarer Gehälter amerikanischer Kollegen.

Während der ‚politische Lügner‘ seine unwahre Aussage an der damit verbundenen Absicht misst, daraus für sich einen Vorteil zu erwirken, wird die Wahrheitsfähigkeit im moralischen Sinne zur Richtschnur der Adressaten oder Betroffenen. Diese sehen vielmehr darin eine Verletzung von Verhaltensregeln, von gesellschaftlichen Normen. Die politische Lüge resultiert dann aus der Diskrepanz zwischen zwei unterschiedlichen Maßstäben, nämlich aus dem moralischen Wahrheitsanspruch des Normalbürgers und dem intentionalen Ergebnis, aus Moral und Zweckrationalität. Die moralischen Maßstäbe werden bei der Bevölkerung aus ihrem jeweils überschaubaren Lebensbereich bezogen, beim Politiker aus dem Handlungsfeld Politik.

In einer offenen Gesellschaft spielen die Medien eine große Rolle und verstärken die Vorwürfe an die jeweiligen Beschuldigten. Der investigative Journalismus hat schon so manche Aussage als Falschaussage dekuviert. Meine zentrale These lautet: Es ist schließlich der Umgang mit der Presse-Öffentlichkeit, der über das Schicksal des Betroffenen entscheidet, manchmal nicht so sehr die Falschaussage selbst.

Der Ex-Bundespräsident Christian Wulff hat sich selbst als Ministerpräsident von Niedersachsen in eine Kreditaffäre hineinmanövriert. Die Aufnahme von Krediten ist als solche nichts ehrenrühriges, aber der Umgang mit Vorwürfen zur Kreditaffäre hat ihn später das Amt des Bundespräsidenten gekostet und zeigt den schmalen Grat zwischen Ungenauigkeit und Lüge.

Die Kreditaffäre ist zu einer Medienaffäre geworden, als Wulff in einem Telefonat mit dem BILD-Chefredakteur versuchte, die Berichterstattung zu beeinflussen und sich damit den Vorwurf der Unterdrückung der Pressefreiheit einholte. Noch als Ministerpräsident von Niedersachsen hat er sich den Besuch des Münchner Oktoberfestes vom Filmunternehmer Groenewold bezahlen lassen und wurde wegen Vorteilsnahme angeklagt, was Gegenstand eines Gerichtsverfahrens war.

Oft sind es nicht die Verfehlungen selbst, sondern die Art und Weise, wie die Betroffenen mit Vorwürfen umgehen. So kann das Verhalten des Ex-Bundespräsidenten Wulff als formal legal bezeichnet werden; er hat rechtlich korrekt gehandelt und hat dies auch immer wieder beteuert. Als Bundespräsident hätte er aber die moralische Wirkung im Auge haben müssen; günstige Kredite anzunehmen, wird in der Öffentlichkeit nicht mit dem moralischen Anspruch des Amtes in Verbindung gebracht.

Und was gibt es für Rechtfertigungsstrategien? Man kann etwa 14 verschiedene Verteidigungsmechanismen aufzählen: leugnen, abstreiten, vertuschen, eventuell mit Ehrenwort („dies habe ich nicht getan, gesagt“, „dies hat nicht stattgefunden“ etc.), verschweigen, Teilwahrheiten sagen; umdeuten („so war es nicht“), verharmlosen, vertuschen; Urheberschaft abstreiten, unterschlagen („dies war nicht ich“, „ein anderer war es“); böswillige Unterstellung, Angriff auf Gegner, andere haben Schuld („dies ist eine böswillige Unterstellung“, „das ist nichts anderes als eine Hetzjagd rund um die Uhr“); rechtfertigen („Die Zeiten waren andere“, „ich bin weder bestechlich, noch nehme ich Geld an“); eigene Kontrollfähigkeit abstreiten („das habe ich nicht gewollt“, „es ist einfach passiert“); ein sich nicht erinnern: „blackout: („kann mich nicht erinnern“); Teilgeständnis, scheinbarweises Zugeben von Fehler („Politiker sind auch nur Menschen“, „Wahlkampf ist Wahlkampf“, „ich habe nicht falsche, sondern lediglich unvollständige Aussagen gemacht“, Clinton); lügen wider besseres Wissen; aus Unwissenheit Falschaussagen machen; „ritualisiertes Wahlkampf-Lügentheater“ („Was du heute kannst versprechen, darfst du morgen wieder brechen); bewusstes Lügen als Vorwand für politisches (militärisches) Handeln; um Verzeihung bitten; Verweis auf Sachzwänge z. B. bei Koalitionsverhandlungen, wo Kompromisse geschlossen werden müssen ohne Gesichtsverlust; Gerüchten zuvorkommen („ja, ich bin so“, „das habe ich getan“); Aufgabe, Rücktritt von Ämtern („ich will das Amt nicht beschädigen“).

Motive für das Abstreiten von Verfehlungen können im Individualpsychologischen gesehen werden. Meist geht es um persönliche Dinge; in einer Befragung, warum Menschen lügen, antworteten rund 40 Prozent, um sich Ärger und Sanktionen zu ersparen, 14 Prozent um höflich zu sein und um andere nicht zu beleidigen. Es ist einmal die Gefahr des Verlustes des Amtes oder des guten Rufs; es sind zum ändern die Ängste, als Lügner da zustehen und in der Öffentlichkeit ein schlechtes Image zu bekommen, siehe Wulff. Es ist aber auch das Bestreben, mit sich ins Reine zu kommen, von Schuld freigesprochen zu werden.

Gute Beispiele für den Umgang mit Vorwürfen lieferte Joschka Fischer, der zu seinem Steinwurf als jugendlicher Revolutionäre gestanden ist, Cohn-Bendit, der entschuldigend sich zur pädophilen Vergangenheit der Grünen bekannt und den Theodor-Heuss-Preis abgelehnt hat.

Gibt es erlaubte oder zumindest zu rechtfertigende politische Lügen? Ich denke ja. Als moralisch zu rechtfertigende Lüge kann Oskar Schindlers Vorwand zur Rettung von KZ-Häftlingen gewertet werden. Es geht hier um die Notlüge. Die angestrebte Basis seiner Rettungsbemühungen war die Einstufung seiner Fabrik als „kriegswichtige Produktion“. Dies gelang ihm. Die Militärverwaltung des besetzten Polen erkannte 1943 sein Emaillier-Werk als Rüstungsbetrieb an. Das ermöglichte ihm, sowohl wirtschaftlich lukrative Verträge abzuschließen, als auch jüdische Arbeiter anzufordern. Durch die Täuschung konnte er zahlreiche jüdische Gefangene retten.

In der modernen Medienwelt werden Politiker in einer gewissen Vorbildfunktion gesehen. Doch kann ihnen die Bevölkerung durchaus Verfehlungen verzeihen. George W. Bush wurde auch nach den offensichtlichen und durch einen Kongressbericht belegten Falschaussagen beim Einmarsch in den Irak für eine zweite Amtszeit wieder gewählt. Auch seinem Vorgänger im Amt des Präsidenten, Bill Clinton, wurden die sexuellen Verfehlungen vergeben, und er hat das



Impeachment-Verfahren überstanden. Allerdings können politische Verfehlungen auch tragische, ja tödliche Konsequenzen nach sich ziehen. Uwe Barschel wurde tot in einem Genfer Hotel aufgefunden, Jürgen Möllemann hat sich höchstwahrscheinlich mit dem Fallschirm zu Tode gestürzt, etc.

Politische Lügen, so das Fazit, müssen je nach Situation und Umständen unterschiedlich beurteilt werden. Viel hängt davon ab, wie Politiker mit Vorwürfen umgehen, wobei die Maßstäbe der Beurteilung aus unterschiedlichen Verhaltensnormen stammen können: Sie können öffentlich oder privat, strategisch oder moralisch, offensiv oder defensiv, gesinnungsethisch oder verantwortungsethisch angelegt sein. Deshalb plädiere ich letztlich für eine zum Ziel führende feinsinnige politische Lüge.

\*\*\*\*\*

\* Der Politikwissenschaftlicher **Professor em. Frank Pfetsch** lehrte seit 1976 am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg. Er hatte mehrere Gastprofessuren, u. a. an der University of Pittsburgh, der Knung Hee-Universität in Seoul und am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Außerdem ist er Mitglied des Advisory Board des Sino-European Institutes in Shanghai und Advisory Board Member des Centre for Study of Democracy in London.

#### **Bücher (Auswahl):**

- Außenpolitik der Bundesrepublik. Von Adenauer zu Merkel. Wochenschau-Verlag. 2. Auflage. 2012.
- Theoretiker der Politik. Von Platon bis Habermas. NOMOS-Verlag. 2. Auflage. 2012.